

Franz Gog

(Errichtung des Oberlandesarbeitsgerichts)«. ¹³⁷ Beim Schulgesetz ¹³⁸ folgten Gogs Ausführungen den einführenden Worten von Kultminister Sauer. Gog stellte dar, daß im Ausschuß die CDU-Mehrheit den SPD-Antrag, die Beratung der Neulösung der Schulfrage im Hinblick auf die unsichere, weil im grundlegenden Wandel befindliche politische Gesamtlage zurückzustellen, abgewiesen hatte. Er lobte das Staatsministerium, schon ein Jahr nach der Volksabstimmung über die Verfassung diesen Entwurf vorgelegt zu haben, und fuhr dann in merklicher Begeisterung fort: *Es ist uns das Gesetz so rasch wie möglich vorgelegt worden in der Zeit der großen Sorge um die nächsten Dinge des Lebens wie Ernährung, Bekleidung und Wohnung, in der Zeit der großen alliierten Konferenzen über unser deutsches Schicksal, in der Zeit der großen wirtschaftlichen Veränderungen, die wir in den letzten Wochen durchlebt haben, und es ist dies ein schönes Zeichen für die Kraft und den Ethos unserer jungen Demokratie und unseres kleinen Landes.* Die CDU bestehe jetzt auf einer Festlegung der Schulfrage und sei mit der Zustimmung zu den Schulformen evangelische und katholische Bekenntnisschule sowie christliche Gemeinschaftsschule und (Verf. Art. 117) weltliche Privatschule allen anderen Anschauungen schon sehr weit entgegengekommen, zumal sie auch zugestimmt habe, daß der Staat für die Privatschulen ebenso sorgt wie für die christlichen Schulen. *Mehr kann, weiß Gott, nicht verlangt werden!* Die Aussprache war dann aber noch so kontrovers, daß die dritte Lesung und namentliche Abstimmung erst am 13. August 1948 stattfinden konnte, nachdem Berichterstatter Gog einem gemeinsam eingebrachten Antrag von SPD, KPD und DVP, von dessen Annahme diese ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf abhängig machten, mit starken Worten geißelt hatte. ¹³⁹ Mit den 32 Stimmen der CDU wurde der Gesetzentwurf bei 26 Gegenstimmen angenommen.

Sicherlich trug Gogs Ausschuß-Arbeit und seine die Positionen der CDU ohne Abstriche mit einbindende Berichterstattung in diesen Fragen mit dazu bei, daß er Müllers Nachfolger als Vorsitzender der Fraktion wurde. Dieser Wechsel vollzog sich in einer überaus gespannten politischen Atmosphäre im Land, die ihre Ursache in der Demontagepolitik der französischen Besatzungsmacht hatte. Diese sollte trotz ständiger Versuche von deutscher Seite, die Demontagen und Abholzung der Wälder zu begrenzen, unverändert fortgeführt und dem Landtag untersagt werden, dies zum Gegenstand parlamentarischer Beratung zu machen. Nachdem Staatspräsident Bock gestorben war, erklärte sein Stellvertreter, Justizminister Carlo Schmid, in der Landtagssitzung am 6. August 1948 den Rücktritt der Staatsregierung. ¹⁴⁰ Gemäß Artikel 51 der Verfassung blieb die bisherige Regierung bis zur Bildung einer neuen Regierung geschäftsführend im Amt. Müllers Wahl zum Staatspräsidenten änderte nichts am Status der geschäftsführenden Regierung; alle Minister blieben geschäftsführend im Amt bis zur offiziellen Neubildung des Kabinetts, die Müller allerdings von einem Wandel der französischen Besatzungspolitik in Württemberg-Hohenzollern abhängig machte. Nach außen hin und vor allem im Hinblick auf die Verhandlungen im Vorfeld der Verfassungsgebung für (West-)Deutschland und für den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Staaten behielten alle Regierungsmitglieder ihre Vollmachten. Der Landtag vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

137 VLWH, 35. Sitzung, 29. Juli 1948, S. 511–526 und S. 500–502.

138 Auf eine nähere Erörterung der Schulfrage in Württemberg-Hohenzollern, die dort eine politische Grundsatzfrage war, muß an dieser Stelle verzichtet werden. Vgl. dazu die Arbeiten von ROLF WINKLER: Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Band 66). 1971, und ders.: Der Kampf um die Konfessionsschule in Württemberg 1945–1949, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 7 (1988), S. 73–89.

139 VLWH, 38. Sitzung, 13. August 1948, S. 572–573.

140 VLWH, 37. Sitzung, 6. August, S. 564.